



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 – 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 14/08

28. Februar 2008

Jung zur Ermekeil-Kaserne

In einem persönlichen Schreiben an den Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel hat sich Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung jetzt zur Zukunft der Bonner Ermekeil-Kaserne geäußert. Es heißt darin:

„Das 26.000 qm große Areal der Ermekeil-Kaserne ist der Hauptsitz des Bundesamtes für Wehrverwaltung (BAWV), der zentralen Oberbehörde der Territorialen Wehrverwaltung. Die Liegenschaft ist – bis auf Haus 1 – mit rund 400 zivilen Mitarbeitern voll belegt. In dem denkmalgeschützten Haus 1 sind Lagerräume sowie drei fernmeldetechnische Diensttrupps in einem separaten Bereich untergebracht. Eine darüber hinausgehende Nutzung verbietet sich aus brand- und arbeitsschutzrechtlichen Gründen; eine Sanierung ist unwirtschaftlich. Der Freizug und die Abgabe der Ermekeil-Kaserne stehen in direkter Abhängigkeit zum weiteren Ausbau des Bendlerblocks in Berlin und der Verlagerung weiterer ministerieller Organisationselemente von Bonn nach Berlin, die sich in mehreren Schritten bis voraussichtlich Ende 2012 vollziehen wird. Es ist geplant, das BAWV dann komplett auf der Hardthöhe unterzubringen. Bis dahin wird das BAWV die Ermekeil-Kaserne nutzen. Die weiteren Schritte der Konversion werden mit Bonn abgestimmt.“

Eisel begrüßte die Aussagen des Ministers und kündigte an, das Schreiben an die Oberbürgermeisterin weiterzuleiten: „Erstens ist es gut, dass dieses Filetstück in der Südstadt einer hochwertigen zivilen Nutzung zugeführt werden kann. Zweitens ist die direkte Einbindung der Stadt garantiert und drittens wird das Bundesamt für Wehrverwaltung seinen Sitz in Bonn behalten wird. Das sind gute Nachrichten für Bonn.“ Eisel erinnerte daran, dass Jung schon vor Weihnachten eine Entscheidung zugunsten Bonns gefällt hatte, als er die Pläne der Vorgängerregierung vom Tisch genommen hatte, über 1000 Stellen nach Berlin zu verlagern. Davon schrittweise bis 2012 nur noch 340 Stellen betroffen, überwiegend militärischen Dienstposten des Einsatzführungsstabes der Bundeswehr.
